

Noch sind viele Fragen offen

Nato-Gipfel: Klarheit nicht vor Anfang März

Noch ist vieles in der Schwebe. Es dürfte wohl Anfang März werden, bis in Sachen Nato-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden (3. und 4. April) alle Protokollfragen seitens Berlin, Paris und Brüssel geklärt sind.

Erst dann wird die verantwortliche Landespolizeidirektion Freiburg alle Sicherheitsfragen detailliert beantworten können. Bis dahin ist noch viel Raum für Spekulationen gegeben – auch darüber, wo die Gipfel-Gegner ihr(e) Camp(s) anlegen dürfen.

Zahlen astronomischen Ausmaßes geistern durch die Landschaft. Da ist von 17 000 und sogar von 25 000 Sicherheitskräften die Rede. "Solche Zahlen kann ich nicht bestätigen", sagt Kriminalhauptkommissar Karl-Heinz Schmid von der Landespolizeidirektion Freiburg. Er fungiert als einer der Pressesprecher des Planungsstabes "BAO Atlantik" ("Besondere Aufbauorganisation"), der sich seit Monaten um den Nato-Gipfel am 3. und 4. April in Straßburg, Kehl und Baden-Baden kümmert. Die 80 Mitglieder sind Polizeibeamte aus ganz Baden-Württemberg. Schmid: "Wir gehen davon aus, dass 12 000 bis 15 000 Polizeibeamte eingesetzt werden, auch aus anderen Bundesländern und von der Bundespolizei."

Wer nun genau an diesem oder jenem Tag für die Sicherheit der vielen Staatsgäste im Einsatz sein wird, und vor allem wo, lässt sich noch nicht sagen. Die Polizei könne im Moment nur ganz allgemeine Vorkehrungen treffen. Vorsorglich aber, so Schmid, habe das Innenministerium bereits im vergangenen Sommer für die Polizei eine Urlaubssperre verhängt – man könne ja nicht wissen. Trotz der geballten Polizei-Präsenz rund um die drei Städte werde die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger auch in der näheren und weiteren Umgebung garantiert sein: "Es lohnt sich also nicht einzubrechen." Durch die Anwesenheit der Kollegen aus anderen Bundesländern werde die Polizeidichte in den Revieren hoch bleiben.

Noch offen ist auch das Absperrkonzept für die beiden Tage. Man werde wohl "um jeden Meter kämpfen" – die Sicherheitskräfte darum, dass die neuralgischen Punkte weiträumig abgesperrt werden, die kommunalen Vertreter, dass die Bevölkerung doch recht nah an die Staatenlenker herankommt. Ein Zaun indes wie in Heiligendamm 2007, wie bisweilen schon befürchtet, werde nicht errichtet. Absperrgitter aber, wie man sie von Open-air-Veranstaltungen her kennt, dürften aber aufgestellt werden. "Die Ortenauer werden auf jeden Fall merken, dass bei ihnen ein Weltereignis stattfindet", sagt Karl-Heinz Schmid. Wer für Pomp dieser Art nichts übrig hat, der möge an diesem Wochenende lieber wegfahren und etwa die Oma im Schwäbischen besuchen – "denn wir werden auf jeden Fall ein Verkehrsproblem massiver Art bekommen, gar keine Frage".

"Werden Verkehrsprobleme massiver Art bekommen"

Allerdings machten schon die Menschen im Freiburger Osten regelmäßig ähnliche Erfahrungen: "Wenn der SC Freiburg vor 25 000 Menschen spielt, spürt man das in der Umgebung."

Derweil ist auch noch immer nicht klar, wann und wo genau die prominenten Politiker das Bad in der Menge nehmen werden – und wie hautnah die Bevölkerung dabei sein wird. Längst ist zwar von einem großen Fototermin auf einer Kehler Rheinbrücke die Rede – doch exakt festgezurr ist noch nichts. Das dürfte auch noch eine Weile so bleiben.

Nicht zuletzt in den Betrieben im Hanauerland wächst die Unruhe: Viele Unternehmen beschäftigen Arbeitnehmer aus dem Elsass, teilweise stammt mehr als die halbe Belegschaft aus dem Nachbarland. Wann und wie diese an ihre Arbeitsplätze gelangen können, ist völlig offen.

"Wir gehen davon aus, dass die Protokollfragen erst Anfang März geklärt sind", sagte Karl-Heinz Schmid, "erst wenn dieser Fahrplan feststeht, werden wir unser genaues Absperrkonzept bekannt geben können und die Bürger frühzeitig informieren." Wer Fragen hat, kann sich an die Hotline 0180/5628609 wenden. Der Anruf ist gebührenpflichtig. "Wir rufen aber sofort zurück", versichert Schmid. Ab Mitte Februar will die Polizei mit einer eigenen Nato-Gipfel-Homepage auftreten. In Kehl und Baden-Baden sollen Info-Abende für die Bevölkerung stattfinden.

Erst dann dürfte auch klar sein, welche Sport- und Mehrzweckhallen der Region für den Gipfel reserviert sind. Bis dahin haben schon zahlreiche Sportverbände ihre Vereine aufgefordert, die für jenes Wochenende terminierten Verbandsspiele zu verlegen, seien es nun Handballer oder Tischtennispieler. Die Sicherheitskräfte würden zwar nicht in den Hallen übernachten, so der Polizeipressesprecher, dafür seien zig Pensionen, Hotels und Jugendherbergen zwischen "südlich Mannheim und Freiburg" reserviert. Die Hallen aber würden als "Rückzugsflächen" benötigt. Man könne schließlich nicht einfach so mit einer Hundertschaft ins Café um die Ecke gehen.

In der Zwischenzeit können auch die Gipfel-Gegner vom lokalen Anti-Nato- Bündnis "Resistance des deux rives" nichts anderes tun als warten und hoffen – auf dass ihnen ein Camp in nächster Nähe angeboten wird. Abgelehnt wird im Moment das Angebot über ein Camp auf der Kittersburger Weide. Die Entfernung zum Kehler Bahnhof sei viel zu groß, heißt es. Ein Camp innerhalb des Stadtgebietes, etwa in Bahnhofsnähe, aber lehnt OB Petry ab, solange nicht garantiert ist, dass vom Camp keine Gewalt ausgehe.

Die Mitglieder von "Resistance" beteuern, dass das oft gezeichnete Bild von kriminellen Camps falsch sei. Ein weiteres Gespräch mit Petry soll am 2. Februar stattfinden. "In vielen Rückmeldungen wurde klar gemacht", so Patric Lecomte vom Bündnis, "dass die Leute ihr Kommen nicht vom Vorhandensein eines Camps abhängig machen, sondern sich zur Not selbst zu helfen wissen."